

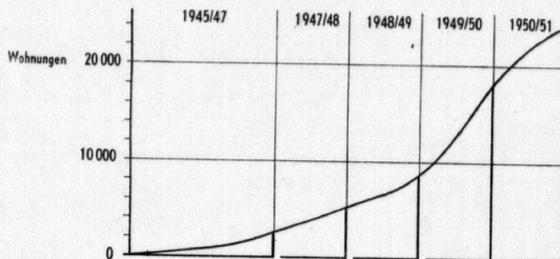
Halten wir das Hamburger Aufbautempo?

Von Bürgermeister Dr. Nevermann

I.

Am Schluß des letzten Berichtes habe ich bereits von den Finanzierungssorgen gesprochen, die für öffentliche Bauten und insbesondere für den sozialen Wohnungsbau bestehen. Diese Sorgen sind größer geworden. Die Baukosten sind gestiegen und die Bundesmittel sind nicht vermehrt worden. Hinzu kommt die neue, von früher her bekannte Sorge der Materialknappheit, die sogar die Bundesregierung veranlaßt hat, Lenkungsverschriften über die Materialverwendung zu verfügen. In Hamburg haben wir noch den Stand der Bauleistungen gehalten und gerade jetzt im Herbst 1951 abermals einen mutigen Vorgriff für den Wohnungsbau in Höhe von 30 Millionen DM beschlossen, um die Kontinuität auf diesem Bausektor aufrechterhalten zu können. Für die Schulbauten wollen wir der Bürgerschaft eine Vorplanung zuleiten, damit nach Bewilligung des neuen Haushalts keine Verzögerungen durch Entwurfsarbeiten eintreten.

So ist für das Baujahr 1950/51 die im letzten Bericht enthaltene Kurve über den Wohnungsbau erfreulicherweise noch aufwärts weiterzuzeichnen, und es ergibt sich jetzt, etwas genauer gezeichnet, seit 1945 folgende Wohnungsbaukurve:



Die nachstehende Tabelle möge diese Kurve erläutern:

Wohnungen in	1945/47	1947/48	1948/49	1949/50	1950/51
Neubauten	—	—	—	—	5 569
An-, Um- und Aufbauten	—	—	4 385	3 990	1 043
Behelfsheimen	—	—	1 534	2 248	1 589
Wiederaufbauten und Wiederherstellung	—	—	2 693	11 774	16 278
im Jahr	—	5280	8 612	18 012	24 413
seit 1945	2500	7780	16 392	34 404	58 823

Es ist die bange Frage, ob wir diese Kurve auch im nächsten Jahr noch weiter aufwärts führen oder auch nur waagrecht weiterzeichnen können. Durch die gesteigerten Baukosten ist der Wohnungsbau in eine Leistungskrise geraten. Wir sind dabei, besondere Geldquellen für den Wohnungsbau zu beraten:

Wohnungsbaunotabgabe auf der Grundlage der Einkommensteuer-Staffelung, teilweise Angleichung der Altbaumieten und Verwendung dieser Mieterhöhung für Neubauten, Aufspaltung des einheitlichen Mietrichtsatzes im sozialen Wohnungsbau zugunsten einer größeren Wirtschaftlichkeit des einzelnen Bauobjektes, das sind die Fragen, über deren Lösung im nächsten Jahr Bericht erstattet werden kann.

In Hamburg spielt neben dieser Leistung die Frage eine große Rolle, wo die Wohnungen gebaut werden sollen. Es herrscht völlige Übereinstimmung darüber, daß es städtebaulich notwendig ist, die Trümmerflächen zu bebauen und nicht eine neue Stadt am Stadtrand entstehen zu lassen. Auf der anderen Seite verlangen die Außenbezirke eine gewisse sichtbare Beteiligung am großen Hamburger Wohnungsbau, und mit ihnen gemeinsam verlangen die Kleinsiedler, daß für die Menschen, die in Geschößwohnungen nicht leben mögen, wenigstens etwas getan wird. So hat die Baubehörde festgelegt, daß etwa 15 Prozent des gesamten öffentlich geförderten Wohnungsbau-Volumens sich am Stadtrand entwickeln kann, etwa 85 Prozent aber im städtischen Bereich.

Entsprechend sieht das Wohnungsbauprogramm für 1952 von den geplanten 20 000 Wohnungen mindestens 16 000 für den städtischen Bereich vor.

Gegenüber einer einseitigen Kritik muß darauf hingewiesen werden, daß bisher in Hamburg keine städtebauliche Fehlentwicklung zu verzeichnen ist. In vielen Städten wird schon am Stadtrand gebaut, trotzdem noch der größte Teil von Brandruinen ungenutzt daliegt. In Hamburg ist der Ausbau der Brandruinen planmäßig vor der Stadtrandbebauung durchgeführt worden. Dadurch haben wir eine städtebauliche Position, die uns berechtigt, nun auch einen Anteil des Wohnungsbaues in den Außenbezirken stattfinden zu lassen, insbesondere, wenn trotz der Aufschließungskosten eine günstige Wirtschaftlichkeitsberechnung vorgelegt werden kann. So können wir in geringem Umfange den Freunden der Kleinsiedlung entgegenkommen.